

Danziger Zeitung.

No 9931.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettelerhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M. durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petition oder deren Raum 20 M. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 8. September. Die Panzerschiffe „Kaiser“ und „Deutschland“ sind am 7. September von Gibraltar nach Plymouth, „Friedrich Carl“ und „Kronprinz“ am selben Tage von Salouini nach Smyrna abgegangen.

Wien, 8. September. Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, soll in dem kürzlichen Ministerium die Partei, welche Serbien und Montenegro die härtesten Bedingungen auferlegen will, die Oberhand gewonnen haben.

Die Reaction in der wirtschaftlichen Gesetzgebung.

Berlin, 7. Sept.

Während die letzten Wahlen vornehmlich durch kirchliche Fragen beherrscht wurden, stehen gegenwärtig die wirtschaftlichen Fragen im Vordergrund. Ob eine Reichstagsmehrheit sich findet, geneigt, die neuere Reichsgesetzgebung auf wirtschaftlichem Gebiet wieder rückgängig zu machen, Grundrechte wirtschaftlicher Freiheit, die wir der selben verdanken, und welche uns für so manche fehlenden politischen Rechte entschädigen müssen, einzuschränken oder aufzuheben, das ist der Preis der bevorstehenden Wahlen. Wenn man erwägt, daß die clericale Partei in diesen Fragen schon in Folge ihres allgemeinen Widerstands gegen die neuere Gesetzgebung mit den Conservativen bereits Hand in Hand geht, wie nicht greifbare Interessen ultramontaner Wählerklassen dies verbieten, so erscheint die Gefahr dieser Reaction nicht gering. Die liberale Mehrheit im Reichstag war überhaupt nicht groß und aus dieser Mehrheit bröckelte bei der einzelnen Frage oft eine kleinere oder größere Gruppe noch aus besondern Gründen ab. Die Gefahr der wirtschaftlichen Reaction liegt in der augenblicklichen wirtschaftlichen Situation begründet. Unter Nachwirkung des „Krachs“ in Folge der Überspekulation haben große Kreise im Volke Ursache, mit sich selbst und mit den äußeren Verhältnissen unzufrieden zu sein. Diese Unzufriedenheit mit raffinirter Demagogie gegen die neuere Gesetzgebung auszubeuten, gilt heute als conservative Staatskunst. Bei Epidemien finden die Quacksalber allerdings stets besonderen Zulauf. Dieselben Juden, welche im Mittelalter die Brunnen vergiftet haben müssen, sind nach conservativer Darlegung heute die Urheber einer, den wirtschaftlichen Künsten herbeiführenden Gesetzgebung. Mit der Vornehmheit der conservativen Partei verträgt es sich sogar, die Personen, welche hierbei die Rolle des hezenden Pöbels im Mittelalter übernahmen, in den Parteivorstand aufzunehmen. Conservatives und freiconservatives Wahlprogramm unterscheiden sich nur darin, daß Letzteres die „Reformbedürftigkeit“ der neuern wirtschaftlichen Gesetzgebung vorläufig noch um einige Grade verschämt ankündigt. Interessentengruppen, welche ihre besonderen Vortheile aus der Reaction zu ziehen trachten, sind die Bundesgenossen der conservativen Parteien.

Das ganze Treiben würde nicht entfernt seine heutige Bedeutung haben gewinnen können, wäre die Haltung der Reichsregierung eine andere. Die Regierung zeigt nach dieser Richtung überhaupt keine Haltung. Der Reichskanzler tritt nicht für die Gesetzgebung ein, welche er mitgeschaffen hat. Im Gegenteil, sein vornehmster Gehilfe bei dieser

Gesetzgebung, Minister Delbrück, ist entlassen. Alles deutet darauf hin, daß dem Reichskanzler ein bisschen Reaction ganz genehm ist. Je mehr die liberale Partei, gleichviel aus welchen Gründen, in den Wahlen geschränkt wird, um so absoluter kommt dann der jeweilige Wille des Kanzlers auch in der Gesetzgebung zur Geltung. Der Reichskanzler selbst hat in der Strafnovelle das Beispiel gegeben, sociale Mißstände systematisch auf einzelne Paragraphen der neuern Reichsgesetzgebung zurückzuführen. Er hat auch vor dem Reichstage das Dogma von der Vermehrung der indirekten Steuern gepredigt, jenes die Ueberlastung der unteren Volksklassen mit sich führende System, welches in Preußen schon 1817 Minister Bülow mit den Junkern im Staatsrat vergeblich gegen Wilhelm v. Humboldt und die liberalen Staatsmänner damaliger Zeit zur Herrschaft zu bringen suchte. Natürlich haben sich Conservative und Freiconservative bereit, die Vermehrung der indirekten Steuern auf ihre Fahne zu schreiben. Eine kleine Geld aber desto mehr Chikanen für jeglichen Verkehr mit sich führende Börsesteuer wird geradezu als Ausgleich der Gerechtigkeit in der Besteuerung geprägt. Nach jeder Richtung, greift man die neuere Gesetzgebung an, sucht, wie es Herr Bamberger einmal im Reichstage bezeichnete, an den neuverordneten Rechten zu schaben und zu kratzen. Wenn das literarische Bureau im Staatsministerium gerade keinen Stoff gegen die Fortschrittspartei hat, kratzt es aus Langerweile ein wenig an der Theaterfreiheit herum. Weil in der Zeit, wo auch für die einfachste Arbeit die höchsten Gehälter gezahlt werden, eine Anzahl Lehrlinge, verführt durch den sich ihnen anderwärts bietenden hohen Lohn, aus der Lehre gelauft ist, soll nun das ganze Lehrlingswesen mit einem Netz von Polizeicontrollen und Zwangsvorschriften umgeben werden. Und doch bedürfen in gewöhnlichen Zeiten weit mehr die Lehrlinge als die Meister gegen rechtswidrige Ausbeutung. Während die Arbeiterverhältnisse, die s. B. vielfach zum Contractbruch führen, sich bereits vollständig umgedreht haben, wird verlangt, ausnahmsweise beim Arbeitsvertrag den Contractbruch criminell zu bestrafen. Selbstverständlich ist das Actiengesetz grundverkehrt. Als ob nicht in jeder andern Form in der Actiencommanditgesellschaft, der concessionierten Actiengesellschaft, in der gewöhnlichen Theilhaberschaft oder in den Einzelunternehmen im In- und Ausland geschwindelt worden wäre. Die wenigen Paragraphen, welche man im Actiengesetz etwas anders gestalten könnte, treffen nicht entfernt die Sache, können dem Actienunternehmen nicht die Natur des nach allen Richtungen gewagten Geschäfts nicht nehmen.

Auch das Schutzzollsystem, das man nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte für Deutschland als völlig abgeholt hätte erachten sollen, lebt in dieser reactionären Strömung wieder auf. Die kolossale Entwicklung, welche die deutsche Industrie ganz besonders auch in den Zweigen, für welche der Schutzzoll aufgehoben oder ermäßigt wurde, seit der 1855 eröffneten Ära der neueren Handelsverträge gewonnen hat, wird frischweg gelehnt. Man spricht von der ungünstigen Handelsbilanz. So unwissend sind die Wortführer dieser Richtung, daß ihnen nicht bekannt ist, wie bei allen Staaten mit zunehmendem Wohlstand aus den natürlichen Gründen die Statistik nie den Werth der der Aus-

fuhr übersteigenden Einfuhr nachweisen muß und nachweist. Als populär sucht man eine Handelspolitik hinzutellen, welche den begünstigten Industriezweigen auf die Dauer nichts nutzt, dagegen durch künstliche Vertheuerung der Lebensmittel der Allgemeinheit schadet. Anerkannt muß werden, daß in diesen Tagen sowohl der Schlesische Gewerbeverein als der Congrass deutscher Ingenieure es abgelehnt haben, für die schutzzöllnerischen Vereine einzutreten. Dagegen verlautet anscheinend offiziös, daß die Regierung der Verlängerung der Eisenzölle neuerlich sich geneigter erwiesen habe. Es wäre dies ein neuer Beweis für den geringen Grad von Haltung bei der Regierung. Niemals ist die Eisenzölfuhr in Deutschland unbedeutender gewesen als gerade jetzt, zu keiner Zeit haben die Zollverhältnisse zu den allerdingen überaus ungünstigen allgemeinen Verhältnissen der Eisenindustrie in entfernterer Beziehung gestanden. Die Eisenindustrie krantzt an der Ueberzahl ihrer Unternehmungen, um unter der Unfähigkeit der übrigen wirtschaftlichen Kreise zur Zeit Capitalansammelungen, wie sie der Eisenverbrauch voraussetzt, zu machen. Keine Zollmaßregel, sondern nur die allgemeine wirtschaftliche Gefundung wird darin allmälig eine Aenderung hervorbringen. Eine Prolongation der Eisenzölle verstärkt die Unternehmer in Klagen und Agitationen, wodurch sie nur den Credit der eigenen Industrie schädigen, sowie Zeit und Mühe vergeuden, die besser der selbstständigen Hebung des eigenen Unternehmens zugewandt würde. Eine Prolongation der Eisenzölle würde zugleich in allen andern nach Schutz verlangenden Industriezweigen erneute und starke Agitationen wachrufen, würde überhaupt als Merkzeichen durchdringender Reaction angesehen werden. Die Landwirtschaft hätte in der That gerechte Ursache zu klagen, wenn nicht einmal das im Interesse der Eisenindustrie zu ihrem Schaden 1873 eingegangene Compromiß gehalten würde. Wären die Agrarier eine wirkliche Interessenvertretung und nicht bloss die Verhüllung der allgemeinen politischen Reaction, so hätten sie in dem Widerstand gegen Prolongation der Eisenzölle ein gerechtes Ziel der Agitation. Daß Minister Hofmann nicht abgeneigt ist, die Eisenzölle zu prorlongiren, glauben wir gern. Wie steht es aber mit Herrn Camphausen?

Deutschland.

△ Berlin, 7. Sept. Die Angelegenheiten der Gotthard-Eisenbahn, welche in bedenklicher Weise in das Schwanken gekommen, werden demnächst auch den Bundesrat und den Reichstag beschäftigen. Die Frage einer weiteren Subvention des Unternehmens wird an die Reichsregierung herantreten; doch scheint es nicht, daß überall in den entscheidenden Kreisen eine volle Geneigtheit dafür vorhanden ist. Es haben sich schon früher manche Stimmen im Bundesrat gegen ein zu weit gehendes Engagement Deutschlands bei dem Unternehmen ausgesprochen und es scheint fast, daß dieser Widerspruch, unterstützt durch die augenblickliche Situation, wieder aufgenommen werden möchte. Wie weit man von dem früheren Interesse an dem Unternehmen hier zurückgekommen ist, konnte schon daraus erhellen, daß man zu den internationalen Conferenzen in der letzten Zeit keinen deutschen Bevollmächtigten entsandte, sondern den schweizer

Regierung die Vertretung der deutschen Interessen überließ. Jetzt wird man sich indes doch dazu entschließen müssen, einen eigenen Bevollmächtigten zu entsenden, zumal da es in der ausgesprochenen Absicht liegt, dem Reichstage eine Denkschrift über den Stand der Gotthardbahnfrage vorzulegen.

* Der von uns bereits angekündigte Rechenschaftsbericht über die Gesetzgebung der letzten sechs Jahre*) und speciell den Anteil der national-liberalen Partei an derselben ist nunmehr erschienen. In 15 Abschnitten werden alle bedeutenderen Aufgaben, welche den Reichstag und den preußischen Landtag in dem genannten Zeitraume beschäftigt haben, und die Weise, wie sie erledigt worden, mit streng sachlicher Gründlichkeit und Unparteilichkeit beleuchtet. Ueberall ist der Verfasser von der Absicht ausgegangen, die Thatsachen unbefangen darzustellen und die Vertheidigung der eigenen Partei lediglich dadurch zu führen, daß man das, was geleistet ist, sprechen läßt. In der Schluf betrachtung kommt er dann zu folgenden Conclusionen: „Die nationalliberale Partei bedarf eines neuen Programms. Ihr Programm ist die Fortentwicklung dessen, was seit sechs Jahren im Reich wie in Preußen begonnen ist. Fast jeder Abschnitt unsers Berichts hat mit der Darstellung des Geschehens zugleich die zukünftigen Ziele hingestellt. Wie das, was zur Einheit und Stärkung des Reichs, zur Beseitigung der Reste des Feudalismus in Preußen, zur Pflege der allgemeinen Volksbildung, zum Schutz der Gewerbe, zur Förderung des Arbeitstandes u. s. w. gethan ist, nicht aus Willkür geschah, sondern für nationalgeimeinte, praktisch verständige und der bürgerlichen Freiheit ergebene Politiker sich aus der Lage der Dinge ergab, so wird auch die Aufgaben der Zukunft nicht willkürliche, sondern nur der Fortbau dessen, was bisher schon feste Umrisse gewonnen hat. Wir müssen am Reich weiter arbeiten auf dem Wege der Rechtseinheit, auf dem Wege der Durchführung der Verfassungsvorschriften für unser Verkehrsweisen, auf dem Wege der Steuerreform zur Ausbildung eines selbstständigen Reichsfinanzsystems, zur Erleichterung drückender und zur Ausgleichung ungleichmäßiger Steuern, wie des Immobilienstamps und der Gewerbesteuer; endlich auf dem Wege der Fortbildung nicht bloss der Gesetze, sondern auch der Organe unserer Reichsverwaltung. Wir müssen ebenso in Preußen fortführen, was wir an die Stelle des alten Feudalismus oder der alten Bureaucratie zu setzen begonnen haben. Die Grundzüge der Selbstverwaltung müssen auf die ganze Monarchie ausgedehnt und in einer freisinnigen, den ländlichen Mittelstand vor dem Übergewicht des Gutsbezirks schützenden Gemeindeordnung vollendet werden. Wir müssen die in der vorigen Session gescheiterte Reform der Städteordnung wieder aufzunehmen, unser der Besserung sehr bedürftiges Communalsteuerwesen neu regulieren, den öffentlichen Unterricht auf gelegentliche Grundlagen stellen, damit das bloße Verwaltungsbüro in der Bemessung der Unterhaltungspflicht ein Ende nimmt, die Pflichten der

* Die Gesetzgebung der letzten sechs Jahre im Reich und in Preußen, dargestellt von einem Mitglied des Centralcomitès der nationalliberalen Partei. — Berlin. Verlag von G. Reimer. 1876.

Die Allgemeine deutsche Pensions-Anstalt für Lehrerinnen und Erzieherinnen*).

Die Allgemeine deutsche Pensions-Anstalt für Lehrerinnen und Erzieherinnen, unter dem Protectoretat der Kronprinzessin stehend und durch königl. Sanction vom 15. October 1875 bestätigt, ist nunmehr auch für die Provinzen in's Leben getreten. Es ist Ihnen neulich durch die Zeitungen bekannt geworden, daß auch in dieser Provinz durch die Bezirksausschüsse Aufnahmen in die Anstalt vermittelt werden. Das Institut ist nicht fertig, wie Pallas Athene aus dem Hause des Zeus sprang, in's Leben getreten, es ist die Frucht längerer Mühe und Arbeit, das schöne Resultat edler humanitärer Gesinnung. Der Ruhm, die erste öffentliche Anregung zu dem Werke gegeben zu haben, gebührt einer Erzieherin, Frl. Anna Beck in Lohau in Oberschlesien, die in einem Aufrufe aus dem Jahre 1873 die Notwendigkeit einer solchen Stiftung betont. „Unter allen den Berufszweigen“, sagt sie darin, „welche die Neuzeit der deutschen Frau eröffnet hat, bleibt der natürlichste die Erziehung und Unterweisung der Jugend. Hier findet sie Gelegenheit, sich liebend hinzugeben; sie fühlt sich als Mitarbeiterin an einem heiligen Werke, als nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft, ohne dabei den Kreis der Weiblichkeit überschreiten oder das Familienleben, für das sie geschaffen, entbehren zu müssen. Aber weil ihre Tätigkeit alle Kräfte des Leibes und Geistes in Anspruch nimmt, weil die Begeisterung für ein großes Ziel alle Rücksichten auf das eigene Ich zurückgedrängt, werden jene Kräfte früher oder später erschöpft. Was dann folgt, ist schon oft Gegenstand mündlicher und schriftlicher Erörterungen geworden: Entbehrung, Mangel.“ Sie kommt zu dem Resultat: Durch Selbsthilfe in Gottes Namen das Werk zu beginnen, um einen Fonds zu gewinnen, aus welchem kranke oder arbeitsunfähige Erzieherinnen unterstützt werden können. Unser verehrter College Director Dr. Schorn-

halten am 6. Sept. des Hrn. Director Dr. Walckow, ge-

stein nahm sich der Sache mit der ihm eigenen Wärme und Energie an und bald erklangen aus allen Gegenden Deutschlands Stimmen des Beifalls und der Anerkennung. Man erkannte überall die Notwendigkeit einer gemeinsamen That, um eine wohl geordnete Stiftung zur Darbietung von Pensionen für Lehrerinnen und Erzieherinnen nach vollendet Dienstzeit zu gründen. Die zweite Hauptversammlung von Dirigenten und Lehrenden höherer Mädchenschulen zu Hannover, September 1873, bezeichnete bereits die Angelegenheit als eine dringende Aufgabe gemeinsamen Wirkens und unabhängig davon wurden auch hier im Osten Stimmen laut, die ihre Mitwirkung für den schönen Zweck freudig zugesagten. Vor Allem nahm sich aber der rheinische Provinzial-Verein der Sache thatkräftig an und beschloß in seiner ersten Jahresversammlung am 5. April 1874, für Begründung dieser Stiftung als einer allgemeinen deutschen Kräfte zu wirken. Er stellte nach sorgfältigen Vorberetherungen ein provisorisches Statut auf und richtete an die Kronprinzessin eine Eingabe, in der unter Vorlage des Statut-Entwurfs um Übernahme des Protectoretat der Stiftung ehrerbietig gebeten wurde. Durch Brief vom 14. Juli 1874 wurde Seitens der Kronprinzessin das Protectoretat übernommen und die nachgesuchte Audienz zur näheren Darlegung der Verhältnisse gnädigst gewährt. Die Herren Collegen Edele in Köln und Schornstein in Elberfeld hatten darauf am 8. September die Ehre, im Neuen Palais zu Potsdam in dieser Angelegenheit von der Kronprinzessin empfangen zu werden. Sie wiesen in beredten Worten auf die Notwendigkeit und den Segen der Stiftung hin und bemerkten auf die Frage der hohen Frau, daß die Zahl der an den Segnungen der Stiftung etwa Theilnehmenden sich vielleicht auf 50 000 belaufen könnten. Mit dem Ausdruck des Wunsches, daß die Stiftung die vielseitigste Unterstützung finden und ihr reichliche Mittel zuschießen möchten, entließ die Protectoretin die Deputation. Diese that nun in Berlin die zur Organisation nötigen Schritte und fand überall

ganz besonders im preuß. Cultusministerium, beim Lette-Verein und den hervorragendsten Berliner Kreisen volle Unterstützung und Würdigung des Zwecks der Stiftung. Die Bildung des Curatoriums in dieser Stadt, als dem Mittelpunkt der Stiftung, wurde sogleich bei dieser Gelegenheit in Aussicht genommen. Die zu diesem Zwecke berufene Versammlung, zu der die hervorragendsten Notabilitäten Berlins geladen waren, fand am 12. November 1874 in der hierzu zur Verfügung gestellten Wohnung der Frau Minister Dr. Falk statt. Den Vorsitz führte Prof. Gneist. Alle Versammelten nahmen den die Stiftung behandelnden Vortrag Schornstein's mit Interesse entgegen und beschlossen, eine Commission zur entsprechenden Bearbeitung des Statutentwurfs zu ernennen, darauf eine größere Versammlung zu berufen und in dieser das Statut festzustellen und ein Curatorium zu wählen. Gleich an folgenden Tage trat die Commission unter Vorsitz des Minister-Director Greiff und unter Hinzuziehung von Edele und Schornstein zusammen und beriet und fixierte das Statut, um es dann noch dem Gutachten eines im Versicherungswesen fundigen Fachmannes zu unterziehen. Der Director der Versicherungs-Gesellschaft „Nordstern“, Dr. Zillme, wurde hierzu aussersehen und hat durch Berechnung der Skalen seine Aufgabe insofern glänzend gelöst, als er die Stiftung als von jeder Zeitströmung und sogenannten Conjecturen vollständig unabhängig hingestellt hat. Inzwischen hatte die Karlsruher allgemeine Versammlung vom 29. September nach dem Referat des Director Edele sich in der Weise ausgesprochen, daß die Stiftung weiter gefördert und constituit werden möge, und daß sie mit Dank die Bemühungen Derer anerkenne, die für sie gewirkt. Eine größere Constituende Versammlung zur Feststellung des Statuts und Wahl des Curatoriums verzögerte sich durch die notwendig schwierigen Berechnungen der Alters- und Beiträgeskalen. Sie fand am 1. Juni v. J. in Berlin statt und wurde von Ministerialdirector Greiff und Prof. Gneist geleitet. Alle Anwesenden in

der glänzenden Versammlung waren von dem Wunsch durchdrungen, die segensreiche Anstalt zu Stande zu bringen, daher fanden auch die sachkundigen Anträge die günstige Aufnahme, wenngleich auch schon damals die hohen Beitragssummen von verschiedenen Seiten monirt wurden. Für die etwaigen Bedenken und Neuüberlegungen der Zweigvereine wurde eine Frist von 4 Wochen gestellt. Darauf wurde das Curatorium gewählt, welchem die hochachtbarsten Namen Berlins und die 3 um die Sache selbst hochverdienten Collegen Schornstein Edele und Nöldeke (Leipzig) angehören. In den dann folgenden Sitzungen des Curatoriums wurde nun noch diese und jene Schwierigkeit befeiert, so daß die Angelegenheit nur sprudelnd vor die 4. vorjährige Hauptversammlung in Dresden kommen konnte, wo der Vorsitzende Nöldeke, wie College Witt in seinem am 6. Juni gehaltenen Vortrage erwähnt hat, das Statut beleuchtete und vertheidigte. Seitdem ist die Pensions-Anstalt mit den Rechten einer juristischen Person versehen und durch Allerhöchste Sanction vom 15. October v. J. factisch in's Leben getreten. Treten wir nun nach diesem notwendigen historischen Rückblick der Notwendigkeit und dem Segen der Anstalt etwas näher.

Prof. Gneist theilt in einem bereits im Druck erschienenen Vortrage, den er in Berlin über die Allg. Deutsche Pensions-Siftung gehalten hat, mit, daß im Jahre 1849 der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen eine Allg. Alterversorgungskasse habe begründen wollen und als nach vielen Jahren erster Arbeit und mühsamer Vorbereitung das nothwendige Garantie-Capital von 200 000 Thlr. durch Uebereinkunft mit einer großen Privat-Versicherungs-Gesellschaft beschafft war, da konnte die sicher fundire, wohl vorbereitete und durch würdige Vertrauensmänner in den weitesten Kreisen empfohlene Anstalt nicht in das Leben treten wegen eines gänzlichen Mangels der Beihilfung auf Seiten Derer, zu deren Gunsten sie bestimmt war. Er zieht aus dieser überraschenden Erfahrung den Schluss, daß reine Vermögens- oder wirtschaftliche Unter-

Gemeinden und des Staats bestimmt, die Organe der Aufsicht geordnet, die verschiedenen Klassen der Lehranstalten dem Bedürfniß der Gegenwart gemäß reformirt werden. Die erhöhte Thätigkeit, die wir seit 1872 auf lange vernachlässigte Landes culturzwecke verwandt haben, muß fortgesetzt und neben der Verstärkung unseres Bahnhedes die Sorge jetzt vor Allem darauf gerichtet werden, durch Ausbildung unseres Kanalsystems der Industrie wie der Landwirthschaft die billigsten Wege zum Transport der Massenprodukte zu schaffen. Das und vieles Andere, was in den Abschnitten dieses Berichts Andeutung fand, gehört zu den Aufgaben der Zukunft. Ob diese Aufgaben in dem bisherigen nationalen und liberalen Geist gelöst, oder ob die politisch-wirtschaftliche Reaction, die materialistische Interessenvertretung, die Mischung von Junkerthum, Kunsthum und Schuhhändlerthum, welche sich heute gegen die liberale Gesetzgebung erhoben hat, den Sieg gewinnen werden, darüber haben die nächsten Wahlen zu entscheiden.

Es kommt sehr wenig auf die einzelnen Personen der künftigen Abgeordneten an, denn Niemand ist unerfahrener. Auch findet man in der Regel, daß Männer, die eine Reihe von Jahren die Mühe und Lust des parlamentarischen Lebens getragen haben, gern jüngern Kräften Platz machen. Wenn die Bevölkerung frisches Blut haben will, sie würden schwerlich etwas dagegen einwenden. Worauf es allein ankommt, ist die politische Richtung, in der wir bisher vornwärts geschritten sind. Es ist ein Zeichen der Jugendlichkeit constitutioneller Zustände, wenn in einem Volk die Strömungen plötzlich wechseln, wenn eine Provinz vor drei Jahren liberal, heute reactionär wählt. Es wäre ein Unglück für die Entwicklung des Reichs und des preußischen Staats, und vor Allem fühlt das Ansehen der Volksvertretung, wenn die nächsten Wahlen nicht beweisen sollten, daß wir aus dieser Periode der Jugendlichkeit, des plötzlichen durch oberflächliche Eindrücke entstehenden Gefüngungswechsels heraus sind."

Nach einer Kritik der wirtschaftlichen Reactionsbestrebungen, auf welche wir zurückkommen werden, schließt der Verfasser: "Die Deutsch-Conservativen hoffen aus der Strömung Nutzen zu ziehen, welche heute durch unser Volk geht. Aber diese Strömung zielt nicht auf die Bildung einer jungerlich-particularistischen, zu den Ultramontanen gehörigen Partei. Die Autorität der Gesetze und der öffentlichen Ordnung wird heute mehr als früher betont, aber wie kann diese Autorität eine Stütze finden bei denen, welche mit einer Partei Verbindung suchen, die die Landesgesetze nur unter Vorbehalt für verbindlich hält? Die bestehenden Klassen fordern Schutzmittel zur Abwehr der sozialistischen Demagogie; wie kann man diesen Schutz verstärken, wenn man den städtischen und ländlichen Mittelstand auseinanderreißt? In der Kräftigung der Reichsmacht, in dem Kampfe gegen den Partikularismus sieht jeder gute Deutsche die beste Gewähr für das Gediehen der Nation; wie kann man in jenem Kampf als züberlässigen Bundesgenossen eine Partei ansehen, die mit den Welfen und Particularisten aller Länder Fühlung hat? Wenn sie siegte, wenn ihre politischen Anschauungen, die südwärts vom Main schlechthin keinen Boden mehr haben, eine so starke Vertretung gewannen, daß sie zusammen mit der Centrumpartei die Mehrheit in's Schwanken bringen könnte, so würde ein klaffender Riß zwischen Süd- und Norddeutschland die unablässliche Folge sein. In dem nächsten Wahlkampf handelt es sich um nichts Geringeres als um die Wahrung der Einheit des Reichs und die ununterbrochene Fortbildung seiner Institutionen, um die ungestörte Entwicklung unserer inneren preußischen Zustände, und um den Beweis, daß das deutsche und preußische Volk in der Schule der praktischen Politik so fehrt gereift ist, um sich wie ein schwankendes Stoß von künstlich erzeugten Strömungen hin und her bewegen zu lassen."

* Der Hauptbegründer der deutsch-conservativen Partei, Graf Hünstein-Ziebingen, ist plötzlich auf seinem Gute verstorben. Graf Hünstein, ein sehr guter Freund des Fürsten Bisмарк, hat im Vereine mit dem Agrarier Grafen Udo Stollberg-Wernigerode, der, seltsam genug,

von dem Berliner Correspondenten der "République française" zum Nachfolger des Cultusministers Kall gemacht wird, die ersten Besprechungen über das Programm der deutsch-conservativen Partei mit dem Reichskanzler gepflogen.

— Die Wochenausweise der deutschen Zeitblättern vom 31. August er. ergeben folgende Daten: Der gesamte Kassenbestand der 19 Institute der Tabelle betrug 736 946 Mk., gegen die Vorwoche weniger 768 000 Mk. Der Wechselbestand mit 688 452 000 Mk. hat sich der Vorwoche gegenüber um 6 254 000 Mk. und die Lombardsforderungen im Betrage von 95 261 000 Mk. haben sich um 4 617 000 Mk. vermehrt; ferner zeigt der Notenlauf in Höhe von 883 167 000 Mk. eine Zunahme von 10 768 000 Mk.; die täglich fälligen Verbindlichkeiten mit 258 829 000 Mk. weisen eine Abnahme von 343 000 Mk. auf, während die an eine Kündigungfrist gebundenen Verbindlichkeiten in Höhe von 148 306 000 Mk. um 672 000 Mk. angewachsen sind.

Breslau, 7. Sept. Die vielbesprochene Zottwitzer Affäre hat jetzt ein für die Beteiligten unangenehmes Nachspiel gefunden. Pfarrer Jaros aus Zottwitz, welcher seiner Zeit dem Kaplan Neumann verboten hatte, Altar und Beichtstuhl zu betreten, stand am 5. d. wie der "Schl. Volksatz." aus Orlau berichtet wird, wegen Annahme bischöflicher Rechte daselbst vor Gericht und wurde auf Antrag des Staatsanwalts zu 6 Monat Gefängnis verurtheilt. Diesem Termin folgte noch ein anderer, in welchem etwa 10 Personen aus der Zottwitzer Gemeinde wegen Bekleidung des Kaplan Neumann und wegen Störung des Gottesdienstes auf der Anklagebank erschienen. Gegen vier Personen, und zwar gegen den Pfarrer Jaros, dessen Schwester, den Kirchenvorsteher Morave und noch einen Angeklagten wurde der Strafantrag aufrecht erhalten. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf 6 Monate Haft. Der Gerichtshof erkannte auf 3 Wochen. Die Verurtheilten wollen in beiden Fällen appellieren.

Eisenach, 4. Sept. Heute ist hier die 5. Versammlung deutscher Forstwirthe eröffnet worden. Es waren etwas über 400 Mitglieder anwesend. Auf der Tagesordnung stand die Frage: Welches System der Verwaltungsorganisation der Forsten empfiehlt sich am Meisten? Oberförstermeister Dankelmann aus Neustadt-Eberswalde hatte das Referat, Oberförster Heiss aus der bayerischen Pfalz das Correferat übernommen. Nach einer sehr eingehenden Debatte wurden folgende Resolutionen, theils einstimmig, theils mit großer Majorität angenommen und darauf die erste Sitzung geschlossen: 1) Das Forstmeister-System (Revierförster-System) ist durch das Oberförster-System zu ersehen. 2) Privatparzellen-Waldungen sind auf Antrag ihrer Eigenthümer in die Verwaltungs- und Schutzmittel der Staats- und Gemeinde-Waldungen aufzunehmen. 3) Den vom Staate angestellten Oberförstern ist die Eigenschaft der höheren Beamten beizulegen. 4) Die Anstellung von Amts-Forstschreibern bei den Oberförstereien ist ein dringendes Bedürfniß, wenn nicht vom Staate anderweitige Hilfe beschafft wird. 5) Die Forstvermessung und Einrichtung ist durch ein ständiges Personal gemeinschaftlich mit der Forststatistik bei den Oberförster-Alternern zu bearbeiten. 6) Die gesammte Forstverwaltung ist einem Ministerium, am besten einem Ministerium für Bodenwirthschaft zu unterstellen.

Schwaz.

Bern, 3. Sept. Auf die Einladung Solothurns haben Vertreter (Regierungsräthe) von sechs Cantonen, Thurgau, Zürich, Aargau, Baselland, Neuenburg und Solothurn, in Olten eine Conference abgehalten, um zu berathen, wie sich die gegenüber den anderen Cantonen unverhältnismäßig mit Militärfesteuer belasteten Cantone gegen den Bund stellen sollen. Es wurde beschlossen, in einer Eingabe an den Bund die Erklärung abzugeben, daß die betreffenden Cantone zur Bezahlung der von ihnen als Militärenthebungsgebühren verlangten Summen (Hälfte des Brotoertrags) sich nicht verpflichtet erachten, und diese Erklärung mit einem doppelten Gefüge zu begleiten, nämlich 1) der Bund möge die ihm für die Militärenthebungsgebühren zukommende Summe als Geldcontingent

einen nicht genügen, um den Menschen zu einem vernunftgemäßen Handeln im wohlverstandenen eigenen Interesse zu veranlassen, sondern daß die bürgerliche Gesellschaft sittlicher Motive bedarf auch zu ihrem wirtschaftlichen Zusammenhalten. Ich füge hinzu: Es muß das Bewußtsein von der Pflicht des Menschen gegen den Menschen hinzukommen, um den so nahe liegenden Gedanken einer Alters-Versorgung zu verwirklichen. Daß die Nothwendigkeit einer Vorsorge für die Zukunft der Lehrerinnen vorliegt, bestreitet nun auch nach meinen Erfahrungen Niemand, aber man hält vielfach Sparkasseneinlagen, Renteneinkäufe für ein geeignetes Vorsorgungsmittel. Daß von diesen auf ganz freiem Entschluß beruhenden Mitteln nur sehr Wenige Gebrauch machen werden, daß die bei Weitem größte Majorität unversorgt und für den Augenblick unbefugt weiter leben werden, daß dagegen unsere Stiftung mit einem gewissen Zwange sich die Beiträge wie Steuern einzieht, dafür aber auch zuverlässig das Alter wenigstens relativ sicher stellt, wird viel zu wenig, befreit. Ich wiederhole, daß wirtschaftliche Interessen allein Genossenschaften zur Förderung des gegenwärtigen Wohls nicht halten können, daß gewisse ethische Bindungen da sein müssen, die das Institut erst lebensfähig machen. Dies sind etwa folgende: Die Interessenten müssen die Bereitwilligkeit zu Opfern für gute gemeinsame Zwecke erst gewinnen dadurch, daß sie sich immer mehr und mehr durchdringen lassen von dem echten colleg. Gefühl, d. h. von dem Gefühl innerer durch den gemeinsamen ehrenvollen Beruf hervorgerufener Zugehörigkeit. — Dies Gefühl ist echt deutsch, aber in gewissen Kreisen noch nicht recht fühlbar vorhanden. Es ist selbstverständlich, daß zu einem solchen Gefühl eine gewisse höhere Bildungsstufe gehört, daß daher ein Kreis, dessen Beruf es ist, geistige Bildung zu fördern, weitaus der geeignete sein wird, sich im Interesse des Allgemeinwohls auch Opfer aufzulegen. Hierbei ist nun Folgendes aber zu bedenken. — Die Volksbildung ist in dem letzten Jahrzehnt recht tief nach unten gedrunken, es ist eine unendlich große Zahl von Schulen geschaffen worden,

auf die Kantone verlegen, es den Cantonen überlassend, ihren Anteil auf die ihnen gutsherrlichen Weise zusammenzubringen; 2) der Bund möge darauf Bedacht nehmen, die Militärenthebungsgebühren selbst baldmöglichst durch ein neues Gesetz zu reguliren. Die Eingabe wird den betreffenden Regierungen noch zur Genehmigung vorgelegt werden. Dieser Span führt vielleicht noch zu einer Verhandlung in der Bundesversammlung oder zu einem Prozeß vor dem Bundesgericht. — Sehr bemerkenswerth ist, daß das Amtsgericht in Delsberg, Berner Jura, das canonische Recht zum alten Einen geworfen und zum ersten Mal ein katholisches Chapeau vollständig geschieden hat. — Der Neuenburger Sully-Lambelot hat sein ganzes auf etwa 660 000 Fr. geschätztes Vermögen der Gemeinde Verrières vermacht; dasselbe ist, nach Abzug von 11 500 Fr. Legate, bestimmt, ein Asyl für in der Gemeinde wohnende bedürftige junge Mädchen, ohne Rücksicht auf die Nationalität derselben, zu gründen. — Das Bezirksgesetz von Lausanne und nach ihm das Kantonsgericht haben die Klage eines Berliner Banquiers, der wegen einer Schulde von 26 687 Fr. Arrest auf die Güter eines in Duchy auf der Durchreise sich befindenden Österreichers hatte legen lassen, abgewiesen, weil die betreffende Schulde auf Börsenspiel (Differenzgeschäft) begründet war, einen Rechtsgrund, welchen das waadtländische Recht nicht anerkennt.

Frankreich.

XX Paris, 6 Sept. Die Partei-Polemik der Journale beginnt nun auch einzuschlagen und die schönen Combinationen, welche einige conservative Blätter für den nächsten Winter ersonnen hatten, sind für's Erste aufgegeben. Das "Echo", welches ein Paar Wochen hindurch bemüht war, eine Art Fusion der Centren vorzubereiten und das linke Centrum zum Widerstande gegen die eigentliche Linke anzureiben, gibt jetzt die Partie verloren und erklärt feierlich, daß seine Freunde, die "Constitutionellen", nicht entfernt beabsichtigen, die republikanische Freiheit zu sprengen und daß insbesondere sein, des "Echo", Schutzenpatron, der ehemalige Polizeipräfekt L. Renault, nicht daran denkt, eine parlamentarische Fraction zu bilden. Damit ist also auch diese Campagne erledigt. Sie hat allerdings in weiteren Kreisen wenig Interesse erregt, und mit wirklicher Theilnahme folgte ihr nur die "Défense", das Organ Dupanlouys'. Die "Défense" kann jetzt ihre Aufmerksamkeit wieder ungestört den Pilgerfahrten zuwenden, die in der Ausführung begriffen sind oder welche sich vorbereiten. Es gibt ihrer an allen Ecken und Enden und wen's zu pilgern treibt, der hat die Dual der Wahl. In Erwartung der großen Feier von Chartres — die wie gemeldet auf den 12. Sept. festgesetzt — wollen die Gläubigen der verschiedenen Pariser Pfarreien nach dem nahegelegenen Saint-Cloud, wo mit dem Jahrmarkt sich regelmäßig eine Wallfahrt verbindet. Den Reiz des Festes erhöhen musikalische Aufführungen und springende Wasser. Andere heilige Stätten empfehlen sich zum Besuch; so die Basilika von Notre Dame du Sacré Coeur zu Issoudun; man spricht auch davon, einen Heiligen, unter deren Schutz die Mütter ihre noch ungeborenen Kinder zu stellen pflegten. Die Herz-Jesu-Kirche auf dem Montmartre steht als Wallfahrtsort noch nicht in besonderem Ansehen, was sich damit rechtfertigt, daß ihr Bau nur sehr langsam von der Stelle rückt. — Der "Gaulois" läßt sich aus Lyon einen Brief schreiben, wonach dem Marschall-Präsidenten in dieser Stadt nicht der angenehmste Empfang bevorstände. Der Stadtrath wolle die Annehmlichkeit Mac Mahon's benutzen, um die Entfernung Bourbaki's aus dem Lyoner Commando zu verlangen, und die Bevölkerung sei an gewiesen worden, in den Straßen bei Ankunft des Marabouts die Amnestie zu verlangen u. s. w. Der "Gaulois" zeichnet sich heute überhaupt aus. In einem ersten Leiteratikel stellt er einen Vergleich an zwischen Félicien David und dem jüngst in Perpignan hingerichteten Raubmörder Segundo! Er erklärt, daß Segundo besser gestorben sei als Félicien David, da ihm ein Priester zur Seite gestanden.

Italien.

Rom, 3. Sept. Das Mailänder "Secolo" will

auf die Kantone verlegen, es den Cantonen überlassend, ihren Anteil auf die ihnen gutsherrlichen Weise zusammenzubringen; 2) der Bund möge darauf Bedacht nehmen, die Militärenthebungsgebühren selbst baldmöglichst durch ein neues Gesetz zu reguliren. Die Eingabe wird den betreffenden Regierungen noch zur Genehmigung vorgelegt werden. Dieser Span führt vielleicht noch zu einer Verhandlung in der Bundesversammlung oder zu einem Prozeß vor dem Bundesgericht. — Sehr bemerkenswerth ist, daß das Amtsgericht in Delsberg, Berner Jura, das canonische Recht zum alten Einen geworfen und zum ersten Mal ein katholisches Chapeau vollständig geschieden hat. — Der Neuenburger Sully-Lambelot hat sein ganzes auf etwa 660 000 Fr. geschätztes Vermögen der Gemeinde Verrières vermacht; dasselbe ist, nach Abzug von 11 500 Fr. Legate, bestimmt, ein Asyl für in der Gemeinde wohnende bedürftige junge Mädchen, ohne Rücksicht auf die Nationalität derselben, zu gründen. — Das Bezirksgesetz von Lausanne und nach ihm das Kantonsgericht haben die Klage eines Berliner Banquiers, der wegen einer Schulde von 26 687 Fr. Arrest auf die Güter eines in Duchy auf der Durchreise sich befindenden Österreichers hatte legen lassen, abgewiesen, weil die betreffende Schulde auf Börsenspiel (Differenzgeschäft) begründet war, einen Rechtsgrund, welchen das waadtländische Recht nicht anerkennt.

England.

Die Novelle zum Actiengesetz, die kurz vor Schluss der Session im englischen Parlamente eingebrochen und im Unterhause angenommen wurde, gelangte im Oberhause nur zur zweiten Lesung und mußte daher auf die nächste Session vertagt werden. Bei dem Umstande, daß die Regierung sich für das Gesetz sehr günstig ausgesprochen hat, unterliegt es kaum einem Zweifel, daß auch das Oberhaus denselben bestimmen wird. Das neue Gesetz läuft in seinem Wesen darauf hinaus, bei Actiengesellschaften die größtmögliche Publicität zu gewährleisten, namentlich im Stadium der Gründung. So soll der Prospect für eine neue Unternehmung nicht cher ausgegeben werden dürfen, als bis die Gesellschaft registriert ist. Der Prospect soll enthalten: 1) die Angabe, ob die Gesellschaft bei ihrer Gründung irgend welches Eigentum erwirbt, eventuell die Namen der Verkäufer, und ob die erhesten Objekte von den Verkäufern erst zur Bildung des Unternehmens erworben wurden, oder bereits früher in deren Besitz waren; die Angabe aller Verpflichtungen, welche aus dem Gesellschafts-Capital zu erfüllen sind; 2) die Namen aller Deringen, welche Vermittelungs-Commissionen ansprüche, ebenso, ob die Provisionen vom Verkäufer oder von der Gesellschaft oder von beiden gemeinschaftlich getragen werden sollen; 3) die Angabe, welcher Betrag des Nominalcapitals als Minimum zum Betrieb des Unternehmens erforderlich, das Minimum darf nicht weniger als die Hälfte des Nominalcapitals betragen; 4) die Angabe, welcher Betrag des Nominalcapitals als Maximum zum Betrieb des Unternehmens erforderlich ist, das Maximum darf nicht weniger als die Hälfte des Nominalcapitals betragen; 5) den Inhalt des Statuts. Die Liste sämtlicher Zeichner muß jedem derjenigen zugemessen werden, und sind Repartitionen nicht bindend, wenn sie nicht spätestens zwei Monate nach Veröffentlichung des Prospectus oder 28 Tage nach stattgehabter Zeichnung erfolgen. Die Bilanzvorlage muss jährlich mindestens einmal nach einem dem Gesetzentwurf beigefügten Schema stattfinden, welch' letzteres besonders detaillierte Bestimmungen rücksichtlich der Schätzung der Aktiven und den

dem 65. Jahre beginnend und zahlt dafür die mäßigen Beiträge, da ja bekanntlich in diesem Falle auch bei früher eintretender Dienstfähigkeit ein Anspruch auf eine geringere Pension besteht bleibt. Die Zweckmäßigkeit dieses oder jenes Wege wird sich nach der körperlichen Gesundheit richten. — Ich betone es noch einmal ganz besonders, ein Stand, dessen Beruf es ist, geistige Bildung zu fördern, wird die Pflicht anerkennen, den möglichen Anteil für die Colleginnen zu tragen, auch für den Fall, daß sie nie in die Lage kommt, eine Pension für sich selbst zu beziehen. Die Beiträge der Lehrerinnen als eine Einzahlung in die Sparkasse zu betrachten, ist ganz falsch, denn keine Sparkasse kann die Einlage so hoch verwerthen, wie unser Pensionstasse. Wenn z. B. eine Lehrerin vom 20.—60. Jahre jährlich 16 Thlr. Beiträge zahlt und dafür vom 60.—75. Jahr jährlich 200 Thlr. Pension bezieht, so hat sie $40 \times 16 = 640$ Thlr. bezahlt, empfängt aber dafür $15 \times 200 = 3000$ Thlr. Das Beispiel macht deutlich, daß von Seiten Einzelner Opfer gebracht werden müssen; nur für bringt, kann beim Eintritt Niemand wissen.

Ich darf als bekannt voraussehen, daß das Statut der Anstalt einen festen und einen beweglichen Theil der Einrichtung unterscheidet. Der feste Theil ist die Pensionstasse, die von 90 Proc. der Pensionsbeiträge gebildet wird, der bewegliche Theil ist der Hilfsfonds, der aus den bleibenden 10 Proc. gebildet wird und aus wohlthätigen Zuwendungen. Der Fonds ist dazu bestimmt, Beihilfen zur Zahlung der Beiträge für ältere Lehrerinnen zu gewähren und Hilfe in außerordentlichen Notfällen (Krankheit &c.) zu leisten. Die Leistungsfähigkeit dieses Fonds ist also zum größten Theil von Stiftungen, Geschenken u. s. w. abhängig. Ich gestehe offen, daß ich mich Anfangs mit der Idee dieses Hilfsfonds gar nicht habe freuen können, ich wünschte die Wohlthätigkeit ausgeschlossen, je mehr ich die Sache erwog, je mehr sah ich in den Segen und die Nothwendigkeit des Hilfsfonds ein. Vergessen wir vor Allem nicht, wie weit der Kreis der Beteiligung gestreckt ist; nicht nur die geprüften und staatlich zugelassenen

babei zu beobachtenden prinzipiellen Vorgang ent-
hält. Auf Verlangen von den Actionären könne
das Gericht die Anfertigung und Vorlage einer
Bilanz anordnen, deren Kosten nach Maßgabe ent-
weder an die ansuchenden Actionäre oder die Ge-
sellschaft, eventuell die Verwaltungs-Räthe ent-
fallen.

Nach dem so eben ausgegebenen Berichte
des Capitans Tyler an das Handelsministerium
über die auf den Eisenbahnen Groß-
britanniens im Laufe des Jahres 1875 vor-
gekommenen Unglücksfälle beträgt die Zahl
sämtlicher Getöteten 1290 und die der Verletzten
5755. Unter diesen befanden sich von Passagieren
nur 134 Getötete und 1806 Verletzte. 765 Tote
und 3618 Verletzte waren Eisenbahn-Beamte,
391 Tote und 331 Verletzte dagegen waren Selbst-
mörder oder unbefugte Betreter der Bahnen.
17 Passagiere kamen um, aus Uriachen, die nicht
in ihrer Gewalt lagen, ebenso wurden verwundet
1212. Da naturgemäß die Zahl der Eisenbahn-
Unfälle eine fast stehende zu nennen ist, so ist
namentlich hervorzuheben, daß die Zahl aller
Personenzüge nach ziemlicher Genauigkeit auf
507 Millionen angenommen) das Verhältnis der
getöteten Passagiere zu allen mit der Eisenbahn
beförderten wie 1 zu 3783 600, und daß der Be-
schädigungen wie 1 zu 280 800 ist. Wichtig ist auch
die Thatstelle, daß die Zahl der ohne eigenes
Verschulden Verunglückten gegen die fünf vorher-
gehenden Jahre eine sehr beträchtliche Abnahme zeigt.

Türkei.

Konstantinopel, 1. September. Eine Bürger-
meisterewahl in einem deutschen Landstädtchen erregt
mehr Aufsehen und seit mehr Tagen in Bewe-
gung, als ein Thronwechsel in der Siebenbürgen-
stadt am Bosporus. Einige Kanonendonner, die
Besiegung der türkischen Schiffe und am Abend
eine spärliche Beleuchtung märkte öffentlichen
und weniger privaten Gebäude, das war alles,
wodurch der gefährliche ereignisvolle Tag sich vor
seinen weniger bedeutsamen Mitbrüder aus-
zeichnet hat. Das Angesicht der Stadt selbst
trug seinen alltäglichen Charakter, der Bazar und
alle Magazine waren geöffnet, auf den Straßen
liefen betriebsame Leute ihren verschiedenartigen
Geschäften nach und in den Kaffeehäusern saßen
die frommen Muselmänner und rauchten in philo-
sophischer Gemüthsruhe ihr Nargileh, als sei garnichts
vorgefallen.

Außer Voraussicht nach wird die Ver-
änderung, welche der gefährliche Tag hier hervorgebracht
hat, in allen anderen Ländern lebhafter besprochen
und zum Gegenstande mannigfältiger Erwägungen
gemacht werden, als in dem in erster Linie betrof-
fenen Reiche, der Türkei. Die große überwiegende
Mehrzahl der mohamedanischen Unterthanen er-
mangelt jeder politischen Bildung, jeglicher Kenntniß
von den Zuständen außerhalb ihres Landes. Ihr
ganzes politisches Glaubensbekenntnis läßt sich in
den Worten zusammenfassen: "Der Obrigkeit muß
gehörzt werden!" "Weswegen hat denn eigentlich
der Scheit-ul-Islam den Murad abgesetzt?" fragte
ich den Kawass, einer der hiesigen Gesandtschaften,
also einen Türk, an dessen Urtheil man ohne
Unbedecktheit doch schon etwas mehr Anforde-
rungen stellen kann, als an die Mehrzahl seiner
Glaubensgenossen. "Kim bilir" (Wer weiß es),
war die von einem philosophischen Kopfschütteln
begleitete Antwort. "Murad hat zu viel getrunken
und ist jetzt trank", fuhr ich in meinem Inquisitorium fort. "Das ist wahr", sagte der Muselman. "Was sagt man denn von dem neuen Sultan, ist
er ein guter Mann?" fragte ich weiter, und mein
türkischer Freund schaute gen Himmel und sagte
mit ruhiger Würde: "Allah wird es wissen, o Herr,
und er wird schon Alles gut machen!"

Zur Thronfolge berechtigte Prinzen des
Hauses Osman sind gegenwärtig noch in aus-
reichend großer Zahl vorhanden, so daß selbst bei
dem gegenwärtig sehr starken Bedarf der Nachfrage
noch für einige Zeit genügt werden kann. Es
kommen nur zwei Linien in Betracht, die eine
bildet die Söhne Abdul Medschid's, die andere
steht nur auf zwei Augen, deren Träger der ein-
zige Sohn Abdul Aziz ist. Bekanntlich rangieren
die Prinzen aller, also gegenwärtig dieser beiden
einzigsten Linien des Hauses Osman in Bezug auf
die Thronfolge untereinander nach dem Lebensalter.
Nach diesem geordnet werden die Prinzen in fol-

gender Reihefolge einander auf dem Khalifenthrone
ablösen: zunächst kommen die auf Murad und
Abdul Hamid folgenden Söhne Abdul Med-
schid's: Mehemed Pascha, geboren 1844, Achmed
Kemal Eddin, geb. 1847, Mehemed Buhran Uddin,
geb. 1849, Nur Eddin der Ältere, geb. 1851,
Mehemed Pascha, geb. 1852, Nur Eddin der
Jüngere, geb. 1853. Auf diesen würde Jussuff
Fazedin, geb. 1857, der einzige Sohn Abdul Aziz,
folgen und dann die Herrschaft wieder an den
neunten Sohn Abdul Medschid's, Suleiman, über-
gehen. Die meisten dieser Prinzen sind außerdem
verheirathet und haben Söhne, ebenso Murad V.
und Abdul Hamid II. Aus Konstantinopel wird
der "Deutschen Zeitung" geschrieben: Der abgesetzte
Palästinarschall Nuri Pascha mußte sich gefallen
lassen, vor einer Untersuchungs-Commission gestellt
zu werden, die bereits ganz kolossale Diebstähle
seitens dieses Würdenträgers entdeckt haben soll.
Es scheint indeß, daß auch die anderen Würdenträger
ihre Hände nicht ganz reingehalten haben
und man spricht namentlich von einem Tuchliefer-
geschäft, welches noch kurz vor dem Thron-
wechsel in aller Eile abgeschlossen wurde. Es han-
delt sich um 600 000 Meter Militärtuch, welches
dem Ministerium zum Preise von 26 Piaster per
Meter angeboten worden sei, doch habe dieses vor-
gezogen, mit dem Bankhause Camondo als Ver-
mittler zu 34 Piastern den Meter zu contrahiren,
weil dieses einen höhern Balkanisch zahlte. Ver-
käufer des Tuches ist der Kaufmann Traub als
Vertreter von Goldschmidt u. Comp. in Manchester.
Man erzählt mit großer Bestimmtheit, daß bei
diesem circa 150 000 Pfund Sterling betragenden
Geschäfte außer dem Kaimakam des Kriegs-
ministeriums Nedif Pascha, der selbstverständlich
beteiligt wurde, auch der Großwesir und Midhat
nicht leer ausgegangen seien. Es steht indeß wohl
fest, daß das Geschäft unter großwesireller
Autorität abgeschlossen wurde.

PC. Mostar (Herzegowina), 26. August.
Wegen fortwährender Angriffe auf fremdes Eigen-
thum wurden heute auf Befehl des kaiserlichen
Kommissärs Ali Pascha 820 Baschi-Bozuks von
hier nach Nevezine expediert. Raum daß dies ge-
schehen war, erschien das Unglück in einer anderen
Gestalt. Die Askers (Soldaten der regulären
Armee) kommen in die Häuser der Einwohner und
nehmen unter dem Vorwand, sie seien hungrig
und müssen ihren Hunger stillen, was sie können
und finden. Es ist allerdings die lautere Wahr-
heit, daß sie seit 8 Tagen weder Gehalt noch Tain
(Verpflegung) bekommen haben. Die Askers be-
nehmen sich bei ihrer Selbsthilfe infofern noch
menschlich und gerecht, als sie auch türkische Häuser
nicht verschonen. Gestern begab sich eine aus vier
Türken und vier Christen bestehende Deputation
zu Ali Pascha, um eine Klage gegen die Soldaten
vorzubringen. Ali Pascha hörte die Leute ruhig
an und gab ihnen den Trost mit auf den Weg,
daß man jetzt so manche Unart der Askers milde
beurtheilen solle, da dieselben sich ja auch für die
Familien und das Leben der Klageführenden
schlagen! — Aber selbst die Offiziere machen es
nicht besser, wenn auch in etwas feinerer Form.
Sie kommen in die Dutschans (Raußläden), wählen
sich dort Waaren aus, wie Zuder, Kaffee, Heringe,
Fett, Oliven &c. und lassen die Chwaaren nach
Hause tragen. Um Zahlung angegangen, ant-
worten sie, daß sobald sie ihren Sold erhalten
haben werden, auch für die genommene Waare
pünktlich Zahlung erfolgen werde. Das ist aber
gleichbedeutend mit einer Verzichtleistung auf jede
Zahlung, da es gewiß ist, daß der rückständige
Sold noch Jahre lang ausbleiben werde. Aus
diesem Grunde haben viele christliche Kaufleute
ihre Läden gesperrt, die Waaren versteckt und sind
nach Ragusa ausgewandert.

Serbien.

Belgrad, 6. Sept. Die Vertreter der Groß-
mächte haben den Fürsten von den offiziellen
Schritten in Konstantinopel vertraulich verständigt
und dabei bemerkt, Europa werde im eigenen Inter-
esse die unversehrte Erhaltung Serbiens anstreben.
— Die Stellung der Morawa-Armee ist momentan
folgende: Die Werke von Deligrad sind mit Ge-
schützen aus Alexinaž armirt und entsprechend
befest, sie bilden den linken Flügel Tschernajeffs
und sperren zugleich das Morawatal. Die übrigen

Lehrerinnen, auch sonstige Lehrerinnen, die nach er-
langter Ausbildung die Lehrthätigkeit zu ihrem
Berufe machen, können sich an der Pensions-
Anstalt beteiligen. Wie oft und wie leicht kann
da in diesem großen Kreise in Fällen von Krank-
heit und vorübergehender Arbeitsunfähigkeit
dringend Hilfe nötig werden. Seien wir in
unserem berechtigten Selbstgefühl froh, daß die
eigentliche Pensionskasse auf sich selbst, d. h. auf
das Hilfsfonds der Interessen gestellt ist, bei
dem Hilfsfonds werden wir die werthätige Hilfe
des bestehenden Theils der Bevölkerung und einflüs-
reicher Kreise nicht entbehren können.

Se mehr eine in anständigsten Formen gehal-
tene Wohlthätigkeit durch Stiftungen, Geschenke,
Erträge geistiger oder künstlerischer Arbeit sich thätig
erweist, je mehr das allgemeine Interesse sich der
Sache zuwendet, je mehr wird die Lust zum Bei-
tritt wachsen.

Diese letzten Bedingungen treffen bei unserer
Pensions-Anstalt vollständig zu, denn es wendet
sich die allgemeine Aufmerksamkeit derselben mehr
und mehr zu, und es ist begründete Aussicht vor-
handen, daß der Hilfsfonds, der (ich wiederhole es)
auch ganz besonders dazu dienen soll, die jetzt noch
hohen Beiträge allmählig herunterzudrücken, in
nächster Zeit ganz bedeutende Zunahmen erhalten

wird. Vor etwa 2 Monaten hat das Bälterin
Curatorium der Pensions-Anstalt einen großen
Bazar für den Herbst beschlossen, zu dem bereits
die Kronprinzessin den Festsaal des Kronprinzipal
Palais bemüht hat. Hoffentlich entsprechen die aus-
gestellten Gegenstände und die erzielten Einnahmen
dem längenden Raum. Gleich jetzt sollen in
allen großen Provinzial-Städten durch die Zweig-
vereine resp. Bezirkssausschüsse Bazare veranstaltet
werden. Rechnet man hinzu, daß es die Absicht
ist, im Laufe des nächsten Winters überall Dilettan-
tentenkonzerte, theatralische Aufführungen, Vorträge
zu arrangieren, so kann dem Hilfsfonds eine über-
raschend große Summe zustreichen. Zu Anfang
Mai betrug der Hilfsfonds 15 120 Mk., seitdem
hat die Protectorin der Anstalt ihr ein Geschenk
von 1000 Mk. zukommen lassen und durch eine vom

Truppen sieben vortheilhaft postiert auf der Linie
Djumis, Karnik, Belizi, Sillegowatz und Bukanja,
womit die Verbindung mit Kruscowatz gesichert ist.
(Post.)

Numänen.

Bukarest, 6. September. Der Kriegsminister
beabsichtigt bei Barbos ein größeres Truppen-
lager zu konzentrieren, wozu bereits die Vor-
bereitungen getroffen worden.

Die Finanzen Rumäniens von 1871 bis
1875 hat der Director des Credit Foncier zu
Bukarest in einer Broschüre von allen Seiten be-
leuchtet und ist dabei zu folgendem Schluß ge-
kommen: "In sechs Jahren wurden die Steuern
um 92 Millionen Frs. erhöht. In sechs Jahren
machte der Staat 52 1/2 Millionen Frs. Schulden.
Im sechsten Jahre werden zwei neue Anleihen
verlangt von 83 Millionen Frs. effectiv. Im
siebten Jahre ist die Ausicht auf ein neues
Deficit von 22 1/2 Millionen Frs. In sechs Jahren
haben sich die unentzifferbaren Rückstände der Ein-
nahmen verdreifacht. Die Bilanz über die Finanzen
ist — Verschwendungen. Die Bilanz über den ökonomischen Zustand ist — Glanz. Die Bilanz
über die Verwaltung ist — Anarchie und Willkür."

Amerika.

Wie aus Montreal unterm 4. ds. durch
das Neuter'sche Bureau telegraphisch gemeldet wird,
brach am Sonntag in St. Hyacinthe (Unter-
Canada) eine große Feuerbrunst aus. Im
westlichen Theile der Stadt beginnend, griff sie um
sich und äscherte die Hauptstraße sowie drei mit der-
selben parallel laufende Straßen völlig ein. Das
Postamt, der Markt, das Gerichtshaus, drei Banken,
mehrere Fabriken und 80 Magazine, sowie 500
andere Gebäude sind gänzlich niedergebrannt.
Hundert Familien sind durch die Katastrophe ob-
dachlos geworden und befinden sich in großem
Notstande. Der ungefährliche Verlust wird auf
2 Millionen Dollars geschätzt.

Danzig, 9. September.

* Der im vorigen Jahr der hiesigen Bildungs-
Vereins-Fortbildungsschule gewährte Staats-
zuschuß von 300 Mark ist derselben von der Regierung
für fernere 3 Jahre bewilligt worden.

Vermischtes.

* Freiherr Hans v. Wolzogen, der Verfasser der
bei E. Schöpp in Leipzig erschienenen, auf das
Bayreuther Bühnenfestspiel Bezug nehmenden
Schriften: "Themenlicher Leitfaden durch die Musik
zum Ring der Nibelungen" und "Lauthymbolik" &c.
hat sowohl von dem deutschen Kaiser, wie auch aus
den Cabinetten König Ludwigs und des Großherzogs
von Sachsen-Weimar sehr freundliche Anerkennungs-
schriften für diese gediegenen Arbeiten empfanzen.
Derselbe ist jetzt mit einer neuen, auf das Wagner'sche
Kunstwerk bezüglichen Broschüre beschäftigt, welche
die Kritiken werden soll und den Gegnern
Wagner's, namentlich aber den vielen unbefreiten
Recensenten hart zu Leibe geht. — Das Buch beiteilt
sich: "Die Tragödie in Bayreuth und ihr
Satyrspiel" und erscheint ebenfalls bei E. Schöpp
in Leipzig.

Der "Jewish Herald" teilt mit, daß die letzten
4 oder 5 Jahre Bogen einer Rückkehr der Juden nach
Palästina aus allen Theilen der Welt, insbesondere
aber aus Russland, gewesen sind, die ganz beispiellos
waren. Die hebräische Bevölkerung von Jerusalem hat
sich seit ungefähr zehn Jahren wahrscheinlich verdovert.
Große Zugzüge kommen noch immer täglich an, und
während die Juden früher auf ihr eigenes Viertel in
Jerusalem, das ärme und ängstige, beschrankt waren,
bewohnen sie jetzt alle Theile der Stadt und sind stets
bereit, jedes vermiethbare Haus zu mieten.

Anmeldungen beim Danziger Standesamt.

8. September.

Geburten: Tischler Ernst Ludwig Marnholz, S.
Arb. Martin Heinrich Gieß, T. — Seemann Carl
Krafft, T. — Büchsenmacher August Wittbold v. Glo-
wacki, T. — Maurer Adolf Martin Schittkowski, T.

Angebote: Arbeiter Augustin Eduard Eisenbach
mit Magdalene Krause. — Feldwebel Eduard Franz
Seydlitz mit Emma Emilie Bacharias aus Angerburg.
Arbeiter Ferdinand Heller aus Barpahlen mit Caroline
Wilhelmine Sprung aus Kettelsfahre. — Arbeiter Józef
Gorski aus Dirschau mit Rosalie Barbara Krause da-
selbst. — Kaufmann Heinrich Wilhelm Zimmermann
mit Anna Marie Magdalena Volkmar. — Schmiede-
gefäß Theodor Julius Schulz mit Mathilde Rosalie

Karl, "Kronprinz" und "Pomerania" bleiben im
Mittelmeer.

Der Eine und Andere unter den Hellschern
scheien etwas gelähmt durch den Blitzeinschlag, bei
Andern blieb sein heller lichter Schein. An diesem
Tage waren auch von Konstantinopel die Türken
in Saloniki eingetroffen, deren Degradirung am
scheinlichen Mord verlangt worden, und nahe
liegt die Vermuthung, daß zwischen diesem längst
schon erwarteten Ereignis und der Veröffentlichung
des Befehls in Betreff der Auflösung des Geschwaders
ein innerer Zusammenhang statt hatte. Wenn
die Degradirung erfolgt und der geforderte Salut
Seitens der Türken gegeben, dann war ja die
jetzige Söhne der Schandthat vollzogen und
der Zweck erreicht, den die Entzündung des Ge-
schwaders in's Mittelmeer in erster Linie gehabt.

Begreiflicher Weise ward die Degradirung in
möglichst wenig Aufsehen erregender Weise vorge-
nommen. Die Vertreter der beiden schwer ver-
letzten Mächte; Offiziere und Consuln, wurden in
den besten Gefahren, welche Saloniki aufweist und
sein Pfosten duldet, abgeholt nach dem ver-
fallenen Fort an der Südwestecke der Stadt.
Bewaffnete Muselmänner hoch zu Roß, freilich
nicht in großer Gala wie die Insassen der Wagen,
sondern in schmuckiger, alter Uniform, gaben das
Geleit und dazwischen hinein feuerte der "Friedrich
Karl" die übliche Salve. Wir antworteten in glei-
cher Weise und fort gings. Gegen Mitternacht
grüßten wir den hechten, schwiegenden Olymp zum
letzten Male und Freitags in der Frühe lagen wir
in Syra vor Anker; Dunkelheit und Nebel hatten
es wohl veranlaßt, das Tageslicht zum Einlaufen
abzuwarten; schon Abends vorher sahen wir die
hellen Lichter der bergansteigenden Stadt. Kurz
nur war der Aufenthalt hier in dem St. Thomas
der Levante; viel Leben herrschte, an ein- und aus-
gehenden Schiffen war kein Mangel; doch das
Drängen und Treiben in den stinkenden Gassen
von Saloniki war bunter und interessanter. Die
Stiefel und Fußsöhlen freilich standen sich viel
besser auf den sauberen und wohlgefügten Marmor-
steinen; man spürte das sorgsame Auge der Polizei;
und unvergessen soll es ihr bleiben, in wie wohl-
thuender Weise (d. h. nur uns den Fremdlingen)
für das Verlangen der Strafenzüge nach "Widse"
befriedigte. Auch in Syra wird man, wie überall
im Mittelmeer, auf Schritt und Tritt verfolgt,
auch wenn die Stiefel den Beweis liefern, daß die
Burghen an Bord das Wachhandwerk aus dem
Grunde verstehen. Sonnabend in der Frühe ver-
ließen wir den Hafen; als der vom See her-
kommende Nebel sich begann die Schraube ihr
raschloses Werk; wir steuerten auf Malta zu; am
28. August spät Abends liefen wir in den Hafen.

Rahmeführer. — Arbeiter Aug. Anton Bemowski mit
Wilhelmine Haal. — Arbeiter Andreas Knoblauch mit
Anna Marie Schmidt. — Stellmacher Martin Bas
mit Martha Amalie Schmitz. — Arbeiter Valentinus
Hiepler mit Louise Henriette Robbe. — Schiffszimmer-
gesell Johannes Heinrich Behrens mit Mathilde Laura
Pinze.

Heirathen: Bernsteinarbeiter August Jost mit
Caroline Wilhelmine Barbitski. — Arbeiter Julius
Lehmann mit Johanna Louise Bertha Lehner. —
Reiter Carl Benjamin Popp aus Neustadt, Westpr.,
mit Laura Friederike Emilie Bogatski.

Todesfälle: S. d. Arb. Carl Freyberg, 9 M. —
S. d. Privatsekretär Carl Rudolf Brüder, 10 J. —
S. d. Zimmergesell Adolf Eduard Tischborow, 8 M. —
Johanna Justine Sophie, geb. Schulz, 62 J. — Arb.
Friedr. Wih. Schimkowsky, 38 J. — Böttchergesell
Friedr. Julius Park, 29 J. — Wilhelmine Kurowsky,
geb. Radok, 38 J. — Uneheliche Kinder: 1 T., 3½
M. — 1 T., 3 M. — 1 T., 3 M. — 1 S., 11 M.

Geissel zahlen.
Neufahrwasser, 8. Sept. Wind SSW.
Gesegelt: Arthur, Albrecht, Lotdon; Brandenburg,
Dade, Graengemouth; Isabella, Mc. Kenzie,
Gent; Steinhausen, Wilters, Wilhelmshafen; sämlich
mit Holz.

Nichts in Sicht.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 8. Septbr.

Gez.v.7. Gez.v.7.

Wert	Gez. 6 1/2 %	Gez. 5 1/2 %	Gez. 4 1/2 %

Altshottländer Synagoge.

Die Vermietung der Säle findet statt:

a) für Mitglieder:

Sonntag, den 10. d. Mts., Vor-

mittags von 10—12 Uhr,

b) für Nichtmitglieder (sowohl es der

Raum gestattet):

Montag, den 11. d. Mts., Nach-

mittags von 4—6 Uhr

in unserer Synagoge, Junfergasse No. 6

Diejenigen Mitglieder, welche ihre höheren gebahnten Plätze weiter behalten wollen, haben sich bis Sonnabend Abend 6 Uhr bei unserem Rendanten, Breitgasse No. 91, zu melden, währendfalls anderweitig darüber verfügt wird.

Die Eigentümner von Sälen erhalten ihre Eintrittskarten ausgestellt.

Der Vorstand.

Den gestern Nachmittags 4½ Uhr nach schwerem Leid erfolgten Tod unserer lieben Mutter, der verw. Frau Johanna Justitia Spieck geb. Schulz im 63sten Lebensjahr zeigen wir betrübt an.

Danzig, den 8. September 1876.

Die trauernden Kinder.

Die Beerdigung findet am Montag, den 11. September, Vormitt. 10 Uhr, vor der Heil. Leichnamskirche nach dem Friedhof in der halben Allee statt. (9914)

Unser uns am 22. v. Mts. geborenes Söhnchen Bruno ist heute Nachmittags 4 Uhr sanft entschlafen. Dieses ist das Datum des betreffenden Chevertrages irrtümlich auf den 30. Juli 1876 statt auf den 20. Juli 1876 angegeben, was hiermit berichtigt wird.

Danzig, den 8. September 1876.
Königl. Commerz- und Admiralitäts-Collegium.

Mittwoch, den 20. Septbr. cr.,
werden hierzulst. Vormittags 9 Uhr am Neuen Brueghause an der Promenade 12 con pte Sattelwagen, eine große Zahl Räder, 36 bebaute Seine, circa 200 eiserne Einfälglasten, 2000 Stück diverse Kisten,

und um 11 Uhr am strohen Brueghause (Kohlenmarkt) folgen zu militärischen nicht mehr verwendbaren Gegenständen gegen sofortige Bezahlung öffentlich meistbietend verlaufen werden:
56 Futtermäuse, 23 Kreuzleinleinen, 270 Kartuschkörner, 128 Knebelstaine, 4634 Binskugeln, 203 Binsfleiben, 14,743 kleine Pappschachteln, 11 eiserne Achsen, mehrere kusferne Kessel, 4 Pechkellen, 13 eiserne Eingriffelmaschinen, 3 Bänke, 1 eiserner Grapen, 2 Panzerhundemässchen mit Kleider, 3 Ratenenstäbe und verschiedene Geräthe zum Aufertigen von Raten, 3 Wechslerinstrumente mit Stativ, Wechsle und Kasten, sowie verschiedene andere Gegenstände.

Königliches Artillerie-Depot
Danzig.

Concurs-Öffnung.
Königliches Kreis-Gericht zu Strasburg Westpr.
1. Abteilung,
den 24. August 1876. Mittags 12 Uhr.
Über das Vermögen des Vorstehers des Vereins zu Lautenburg, eingetragene Gesellschaft, ist der Kaufmännische Concurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 14. August 1876 festgesetzt.
Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Rechtsanwalt Kallenbach hierzulst. bestellt. Die Gläubiger d. s. Gemeinschulders werden außerordert, in dem auf den 4. September 1876,

Mittags 12 Uhr.

in dem Verhandlungszimmer No. 3 des Gerichtsgebäudes vor dem gerichtlichen Kommissar Herrn Kreis-Gerichts-Rath v. Wrede anberaumten Termine ihre Erklärungen und Verhältnisse über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines andern einstweiligen Verwalters, sowie darüber abzugeben, ob ein einstweiliger Bevollmächtigter zu bestellen und welche Personen in denselben zu berufen seien. Allen, welche von dem Gemeinschulder etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschuldet, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabsolzen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitzer der Gegenstände bis zum 15. October 1876 einschließlich dem Gerichte oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen, und Alles, mit Verbehalt ihrer ewigen Rechte, ebendahin zur Concursmasse abzuführen. Pfandhaber oder andere mit denselben gleichberechtigt Gläubiger d. s. Gemeinschulders haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken uns Anzeige zu machen.

Bekanntmachung.

Die Gerichts-Eingesetzten, insbesondere die Vormünder und sonstigen Betheiligten, werden darauf aufmerksam gemacht, daß nach § 8, Gesetz betreffend das Hinterlegungswesen vom 19. Juli 1875, im Halle der Hinterlegung von Wertpapieren die Depotsbeamten nicht verpflichtet sind

1. die Auslösung oder Kündigung der Wertpapiere zu überwachen,
2. für die Einziehung neuer Bins- oder Dividenden-Scheine oder der Beträgen fälliger Bins- oder Dividenden-Scheine von Amtswegen zu sorgen.

Carthans, den 29. August 1876.

Königliches Kreis-Gericht.

Bekanntmachung.

Mit Genehmigung der Königl. Regierung zu Marienwerder hat der unterzeichnete Magistrat, unterstützt von der Kreisvertretung und

dem Schulverband-Vereine, beschlossen, die hiesige gehobene Simultan-Knabenschule unter Leitung des Herrn Dr. Jakobi vom königl. Real-Gymnasium zu Danzig, zu einem vollständigen Progymnasium resp. Gymnasium umzuwandeln. Eröffnet wird die Anstalt Anfang Octbr., vorläufig mit 3 Klassen, später mit fünf Klassen eingerichtet. Das Schulgeld exkl. Bibliothekengeld beträgt in der untersten Klasse 2 M., in den beiden oberen Klassen 3 M. monatlich.

Das Schulgeld exkl. Turn- u. Bibliothekengeld beträgt in den Gymnasial-Klassen 6 M., in der Oberschule 3 M. monatlich. Ebenso wie Anfang Octbr. d. J. eine höhere Simultan-Töchter-Schule, vorläufig mit 3 Klassen, später mit fünf Klassen eingerichtet. Das Schulgeld exkl. Bibliothekengeld beträgt in der untersten Klasse 2 M., in den beiden oberen Klassen 3 M. monatlich.

Schneg, den 9. August 1876.

Der Magistrat.

(8113)

Bekanntmachung.

Bei Versteigerung von circa 296 Raummeter birk. Klopfen, 25 do. do. Knüppel, 120 do. erlen Klopfen, 10 do. do. Knüppel, 16,187 do. liesen Klopfen, 5680 do. do. Knüppel, wird hierdurch Termin auf den 21. September d. J., Vormittags 11 Uhr, in dem Quasi'schen Gasthause zu Schönau (Wredow) bei Schwerin anberaumt.

Die wesentlichsten Verkaufsbedingungen sind folgende:

- 1) Die Ansforderungspreise sind festgesetzt auf:

6 M. pro Raummeter birken Klopfen, 5 " do. do. Knüppel, 5 " do. erlen Klopfen, 4 " do. do. Knüppel, 4 " do. liesen Klopfen, 3 " do. do. Knüppel.

2) Bei kleineren Holzquantitäten ist der einschließlich 150 Raummetern ist der ganze Steig rungspreis sofort an den im Termine anzuwendenden Rahmenbäumen zu erlegen.

3) Bei größeren Holzquantitäten ist der vierte Theil des Kaufpreises sofort, der Restbetrag spätestens bis zum 31. Dezember d. J. inklusive bei der Königlichen Kreisstelle zu Schwedt einzuzahlen.

Die weiteren Verkaufsbedingungen werden im Termine bekannt gemacht.

Marienwerder, den 7. Septbr. 1876.

Der Oberförstermeister

Peters.

Das erste Schuljahr beginnt an der Gymnasial-Anstalt zu Schwedt Donnerstag den 12. October, 8 Uhr Morgns. Schüler werden am 10. v. 11. October, in den Vormittagsstunden von den Unterrichteten in seiner Privatwohnung aufgenommen. Die Recipienten haben ein Impfungs- resp. Wiederaufimpfungs-Utensil, und falls sie eine andere Schule besucht haben, ein Abgangszeugnis beizubringen. Gute Pensionen werden auf Wunsch nachgewiesen. Dr. Jakobi.

Die

Schaklammmer

der

Marienkirche zu Danzig.

Von A. Ginz
Mit 200 photographischen Abbildungen von G. Busse.
2 Bände. Per. 80. gebunden. Preis 63 M.

Verlag von A. W. Kastemann
in Danzig

Dr. Jakobi.

Die

Marienkirche zu Danzig.

Von A. Ginz
Mit 200 photographischen Abbildungen von G. Busse.

2 Bände. Per. 80. gebunden. Preis 63 M.

Verlag von A. W. Kastemann

in Danzig

Dr. Jakobi.

Die

Marienkirche zu Danzig.

Von A. Ginz

Mit 200 photographischen Abbildungen von G. Busse.

2 Bände. Per. 80. gebunden. Preis 63 M.

Verlag von A. W. Kastemann

in Danzig

Dr. Jakobi.

Die

Marienkirche zu Danzig.

Von A. Ginz

Mit 200 photographischen Abbildungen von G. Busse.

2 Bände. Per. 80. gebunden. Preis 63 M.

Verlag von A. W. Kastemann

in Danzig

Dr. Jakobi.

Die

Marienkirche zu Danzig.

Von A. Ginz

Mit 200 photographischen Abbildungen von G. Busse.

2 Bände. Per. 80. gebunden. Preis 63 M.

Verlag von A. W. Kastemann

in Danzig

Dr. Jakobi.

Die

Marienkirche zu Danzig.

Von A. Ginz

Mit 200 photographischen Abbildungen von G. Busse.

2 Bände. Per. 80. gebunden. Preis 63 M.

Verlag von A. W. Kastemann

in Danzig

Dr. Jakobi.

Die

Marienkirche zu Danzig.

Von A. Ginz

Mit 200 photographischen Abbildungen von G. Busse.

2 Bände. Per. 80. gebunden. Preis 63 M.

Verlag von A. W. Kastemann

in Danzig

Dr. Jakobi.

Die

Marienkirche zu Danzig.

Von A. Ginz

Mit 200 photographischen Abbildungen von G. Busse.

2 Bände. Per. 80. gebunden. Preis 63 M.

Verlag von A. W. Kastemann

in Danzig

Dr. Jakobi.

Die

Marienkirche zu Danzig.

Von A. Ginz

Mit 200 photographischen Abbildungen von G. Busse.

2 Bände. Per. 80. gebunden. Preis 63 M.

Verlag von A. W. Kastemann

in Danzig

Dr. Jakobi.

Die

Marienkirche zu Danzig.

Von A. Ginz

Mit 200 photographischen Abbildungen von G. Busse.

2 Bände. Per. 80. gebunden. Preis 63 M.

Verlag von A. W. Kastemann

in Danzig

Dr. Jakobi.

Die

Marienkirche zu Danzig.

Von A. Ginz

Mit 200 photographischen Abbildungen von G. Busse.

2 Bände. Per. 80. gebunden. Preis 63 M.

Verlag von A. W. Kastemann

in Danzig

Dr. Jakobi.

Die

Marienkirche zu Danzig.

Von A. Ginz

Mit 200 photographischen Abbildungen von G. Busse.

2 Bände. Per.